

Elf Jahre

Von **Thanos Kamilalis**, 18.05.2017

Es gibt einen sehr einfachen und zugleich genauen Begriff, um das Gesetzespaket zu beschreiben, das heute Abend im Parlament durch die SYRIZA-ANEL Regierung beschlossen wird: Memorandum bis 2021. Danach wird man sehen. Elf Jahre Krise, Austerität, Machtwahn, Absurdität und soziale Katastrophe, auf ein paar hundert Seiten konzentriert: So lässt sich der Text zusammenfassen, den die griechische Regierung am Donnerstagabend beschließen lässt.

Die Annahme des neuen Memorandums (wir können es auch ‚Vereinbarung‘ nennen oder ‚Mittelfristig‘ oder ‚Regenbogen‘, das spielt keine Rolle) ist das Ende einer vorhersehbaren Entwicklung, die offiziell als „Verhandlungen“ bezeichnet wird und die Gesamtheit der Regierungszeit SYRIZA – ANEL charakterisiert.

‚Verhandlung‘ in einem realistischen Sinne ist die Zeit, die vergangen ist, bis die aktuelle griechische Regierung zur Zufriedenheit der Kreditgeber nachgegeben hat, um diesen Akt des Dramas zu beenden. In dieser Zeit wurde sie von einem konstanten Spott begleitet: Aus dem „Nicht für einen Euro neue Maßnahmen“ wurden ein paar Monate später Maßnahmen für 4,9 Mrd. Euro, die von 2018 – 2021 durch eine Regierung umgesetzt werden, die 2015 mit einem anderen Programm angetreten war. Die Zusage, dass das „Rententhema abgeschlossen ist“ wird zu weiteren Rentenkürzungen in Höhe von 1,8 Mrd. führen, die 23te Senkung der Renten im Verlauf der Krise. Auf den Beschluss des Gesetzes folgte die Klage, dass die Maßnahmen für 2019 „antidemokratisch“ seien.

Aber lassen Sie uns verfolgen, welchen Verlauf diese Entwicklung von Anfang an genommen hat. Das dritte Memorandum, das Griechenland im Sommer 2015 akzeptiert hat, enthielt, soviel wurde schnell klar, ein großes, verstecktes Fragezeichen: Die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds. Obwohl vereinbart worden war, dass er am Programm nur als „technischer Berater“ teilnehmen sollte, stellte er einen Teil des Darlehens zur Finanzierung und stellte Bedingungen, die zu Konflikten mit der deutschen Regierung führten. Die Uneinigkeit von IWF und Deutschland in Fragen von Schulden und Überschüssen schaffte einen ‚gordischen Knoten‘, der die Verhandlungen seit etwa zwei Jahren dominierte. Innerhalb der ewigen und endlosen folgenden Diskussionen, wurde die Idee eines neuen Memorandums, das die Beteiligung des IWF am Programm gewährleisten sollte, nach und nach zu einem offenen Geheimnis. Es wurde erstmals aus einem Gespräch zwischen Paul Thomsen mit Delia Velculescu bekannt, in dem es um einen Entwurf für ein ‚paralleles Memorandum‘ ging und das Wikileaks im April 2016 bekannt machte.

Seitdem, langsam und schmerzhaft, wandern die Teile des Puzzles an ihren richtigen Platz. Die Europäer und der IWF scheinen unbeweglich und Griechenland, gefangen zwischen Skylla und Charybdis, zwanghaft einem „Ja zu allem“ verpflichtet, folgt einfach nach. Die Euro-Gruppe übernimmt nach dem dritten Memorandum die Rolle des Vormunds und spricht über „mittelfristige“ Überschüsse von 3,5% (die Regierung verweigert vorübergehend ihre Zustimmung, was aber keine Bedeutung hat) Die Führungskräfte des IWF Thomsen und Obstfeld veröffentlichen einen Artikel (1) und behaupten, dass „der IWF keine zusätzlichen Sparmaßnahmen fordert“, schreiben aber zugleich, dass für Überschüsse von 3,5% eine Senkung des Steuerfreibetrages und Rentenkürzungen erforderlich sind, Volumen: 4,6 Mrd. Euro. Einige Monate später beschließt die Regierung genau das.

Ein bekannter Ökonom hat erklärt, warum die neue Rentenkürzung und Steuerrechtsänderungen sehr negative Folgen für die griechische Gesellschaft haben:

Wenn etwa 45% der Rentner monatliche Einkünfte unterhalb der Armutsgrenze von 665 € haben, wenn fast vier Millionen Menschen, also mehr als ein Drittel der Bevölkerung, als gefährdet von Armut oder sozialer Ausgrenzung gelten, ist es dann ein mögliches Hauptproblem in Griechenland, dass die Renten und die Steuerfreibeträge zu großzügig sind? Der einzige Grund, warum mehr Menschen von der Zahlung der Einkommensteuer befreit sind, ist der, dass immer weniger Menschen ein angemessenes Einkommen haben. Allerdings scheint der IWF, der angeblich die Abhängigkeit von Wachstum und Ungleichheit überprüfen will und zu Recht die Bedeutung eines Wachstums ohne soziale Ausgrenzung betont, weiter zu ignorieren, dass Rentenkürzungen und die Absenkung des Steuerfreibetrages nur Ungleichheit und soziale Ausgrenzung verstärken. Aber zumindest werden es die Zahlen dann beweisen.

Der Ökonom heißt Euklidis Tsakalotos und die Aussagen stammen einem Gespräch mit dem Guardian vom 13. Dezember 2016, also einen Tag nach dem Artikel der IWF - Vertreter. (2)

Die Regierung hat nichts gewonnen. Der Gesetzentwurf, der derzeit im Parlament diskutiert wird, enthält zusätzlich zu den Kürzungen von Renten und Steuerfreibeträgen eine weitere Reduzierung der Sozialleistungen, um die ‚Lücke‘ von 2018 zu schließen, eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für freie Berufe ab 2018, Einschnitte bei besonderen Löhnen, Zwangsvollstreckungen von Bankkonten, Online Zwangsversteigerungen und eine neue Welle der Veräußerung öffentlicher Vermögenswerte, sie beinhaltet unter anderem den Strom (DEI), Wasser (EYDAP - EYATH), die regionalen Flughäfen und Häfen, die noch nicht verkauft wurden sowie noch viel mehr ‚Tafelsilber‘. All dem stellt die Regierung das Argument der „Gegenmaßnahmen“ gegenüber, vielleicht eine der größten und unverschämtesten Lügen, die jemals während der griechischen Krise vorgebracht wurden.

„Aber wir ergreifen Gegenmaßnahmen“

Die „Gegenmaßnahmen“ sind eine Verzerrung der Wirklichkeit, eine kontinuierliche Absurdität, eine Diskussion, die immer in Verzweiflung endet, wenn sie offiziellen Texten gegenüber gestellt werden. Die Regierung betont seit Monaten: „Für jeden Euro an Maßnahmen wird es einen Euro für Gegenmaßnahmen geben.“ Es war von Anfang an klar, dass dies nicht der Fall war, da Gegenmaßnahmen nur unter bestimmten Voraussetzungen gemacht werden würden. So stand es im offiziellen Text des Memorandums und so steht es im Gesetzespaket, das heute im Parlament beschlossen wird. Artikel 15 des Gesetzespakets ist klar:

*Die Artikel [...] kommen unter der Voraussetzung und in dem Umfang zur Anwendung, dass nach einer Bewertung des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank, der Europäische Stabilitätsmechanismus und die griechischen Behörden im Rahmen der abschließende Bewertung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms feststellen, dass es **nicht zu Abweichungen von den mittelfristigen Haushaltszielen** kommt. "*

In einfachen Worten: Alles hängt von der abschließenden Bewertung des dritten Memorandums im Jahr 2018 ab. Damit die Gegenmaßnahmen aktiviert werden können, müssen die Kreditgeber anerkennen, dass Griechenland das dritte Memorandum abgeschlossen hat und prognostizieren, dass ein Primärüberschuss von 3,5% in den Jahren ab 2019 erreicht werden wird. Die Details verstecken sich in dem Ausdruck „in dem Umfang“.

Im offiziellen Text des Memorandums ist die Formulierung präziser, dort heißt es: „Anpassung an den zulässigen Erfüllungsgrad.“ Das heißt, wenn der IWF (mit seinen bekannten pessimistischen Schätzungen) einen Überschuss von 3,9% im Jahr 2019 vorhersagt, bedeutet dies, dass die Regierung den zusätzlichen Überschuss von 0,4% verteilen und einige der „Gegenmaßnahmen“ des neuen Memorandums umsetzen kann. Wenn aber der IWF für das Jahr 2019 einen kleineren Überschuss als 3,5% vorhersagt, dann wird ein Jahr früher die Reduzierung des Steuerfreibetrages auf 5.700 Euro aktiviert. Basierend auf sieben Jahren Erfahrung mit den Prognosen des IWF kann jeder selbst beurteilen, welches Szenario er für das wahrscheinlichere hält.

Im Grunde sind also die „Gegenmaßnahmen“, die mit einem solchen Stolz in die ersten Artikel des Gesetzespakets platziert wurden, nichts anderes als die bestehende Möglichkeit der griechischen Regierung, einen Teil des Überschusses zu verteilen, wenn sie ihre Ziele übertrifft. Das hat Samaras mit der „Sozialdividende“ im Jahr 2014 getan. Das hat auch Tsipras mit den Zulagen für Rentner mit niedrigen Bezügen im Jahr 2016 getan. Dass jetzt erstmals solche positive Maßnahmen *präventiv* gesetzlich geregelt werden, ändert nichts daran, dass sie schon seit Jahren gängige Praxis sind.

Die Regierung und ihre Abgeordneten lassen sich durch solche Details nicht einschüchtern, die Wirklichkeit soll eine eigentlich schöne Geschichte nicht verderben. Derzeit werden im Parlament die „Gegenmaßnahmen“ großzügig verteilt. Theano Photios (3) versprach zum Beispiel 2 Mrd. Euro für 2019 und 4 Mrd. Euro für 2020. Innerhalb eines Abends hat sich das Argument „Eins gegen Eins“ hinsichtlich Maßnahmen / Gegenmaßnahmen zu einer Erzählung verändert, in der die Gegenmaßnahmen jetzt 7,9 Mrd. Euro betragen. Einer nach dem anderen verteidigen die Parlamentarier der Regierungspartei, die seit Monaten schwören, dass sie keine weiteren

Maßnahmen beschließen werden, jetzt mit Leidenschaft die neue „Vereinbarung“, den Kampf zur Rettung des Landes (ein nicht sehr originelles Argument). Ob es sich um eine kollektive Lüge oder kollektive Ignoranz handelt, hat keinerlei Bedeutung. Wie auch „Selbstbestimmung“, alle Worte, alle Versprechungen keine Bedeutung haben. Bedeutung habe die Taten, die Politik des „Ja zu allem“.

Die Regierung betont, dass „es sich nicht um ein viertes Memorandum handelt.“ Ein Memorandum, in der Bedeutung, die es für die griechische Gesellschaft hat, bedeutet, dass der griechische Staat die haushaltspolitischen Ziele unbedingt einhalten muss, die nur durch unbefristete Sparmaßnahmen erreicht werden können. Die Tatsache, dass das neue Programm nicht durch ein Darlehen begleitet wird, ist nicht wesentlich.

Es wird auch argumentiert, dass „die Vereinbarung der Beginn des Ausstiegs aus den Memoranden und der Vormundschaft sei.“ Eben diese ‚Vereinbarung‘ sieht Vormundschaft mit vernichtenden Überschüssen mindestens 2021 vor ohne irgendeinen Bezug auf die Folgezeit. Es wird behauptet, die Vereinbarung würde das Schuldenproblem lösen und bringt doch nur eine ungewisse Hoffnung auf spätere Verhandlungen zum Ausdruck. Es wird behauptet, es handele sich um einen „Kompromiss“, wo doch jede Forderung der Gläubiger erfüllt wird. Es wird auch behauptet, er folge nicht dem „neoliberalen Dogma“ und würde dieses von innen bekämpfen (indem er es befolgt). Es wird argumentiert, dass es nicht das gleiche wie die vorherigen sei. Wieder einmal wird die Wirklichkeit geleugnet.

Das neue Programm erstreckt sich bis 2021, das bedeutet 11 Jahre Memoranden und Austerität. So stellt es die Weichen für die Zukunft junger Menschen, für Beschäftigte und Rentner. Griechenland ist eine ferngesteuerte Kolonie. Ein Land, das, im besten Fall, mit Hypotheken existieren wird. Hypotheken der Armut, der Arbeitslosigkeit, des Lebens. Und dann stellt sich spontan die Frage: Bis wann?

- (1) <https://www.imf.org/external/lang/german/np/blog/2016/121216g.pdf>

Siehe hierzu auch den Bericht hierzu in der Kathimerini:

<http://www.kathimerini.gr/887550/article/epikairothta/politikh/to-dnt-den-zhta-apo-thn-ellada-perissoterh-litothta---zhthma-a3iopistias-h-yhfish-twn-metrwn>

- (2) <https://www.theguardian.com/business/live/2016/dec/13/markets-uk-inflation-unicredit-restructuring-greece-business-live?page=with:block-584fd640e4b025760cee4569#block-584fd640e4b025760cee4569>

- (3) Theano Photios ist Syriza-Abgeordnete und stellvertretende Ministerin für Soziale Solidarität im Arbeitsministerium

Übersetzung: Ralf Kliche